

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Atompolitik**

Marcus Bosse, MdL

zu TOP Nr. 8

Abschließende Beratung
**Keine schmutzigen Deals bei Sustainable-Finance-
Regeln - Atomkraft und fossiles Gas von EU-
Nachhaltigkeitslabel ausschließen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/9389

während der Plenarsitzung vom 23.02.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der Tat ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Juni, also vor acht Monaten, das erste Mal im Plenum diskutiert worden. Ich denke aber, es war gut, richtig und vernünftig, die Stellungnahme der Bundesregierung abzuwarten.

Vor acht Monaten standen Sie in Berlin noch nicht in Regierungsverantwortung. Das hat sich geändert. Mit der Verantwortung, die Sie nun in Berlin tragen, sollten Sie klug und vernünftig umgehen. Darauf komme ich später zurück.

Das Thema ist im Ausschuss intensiv diskutiert worden. Die Landesregierung hat dazu einen Bericht gegeben. Die EU-Kommission hat nun Atomkraft und Erdgas unter bestimmten Voraussetzungen als nachhaltig eingestuft.

Ich denke, der Zankapfel in Ihrem Antrag ist nicht der Bereich der Atomenergie. Auf gar keinen Fall ist er das. Ich persönlich habe - wie wohl viele in meiner Fraktion - kein Verständnis dafür, dass ausgerechnet die Kernenergie nachhaltig sein soll. Das ist aus meiner Sicht eine sehr kurzfristige Betrachtungsweise. 20 Jahre nach dem Ausstiegsbeschluss der damaligen Bundesregierung kann man nur sagen, dass dieser Beschluss weitsichtig und sehr klug war. Offenbar wird die Frage der Einlagerung der atomaren Abfälle von der EU-Kommission nicht berücksichtigt. Das Problem besteht fast weltweit. Finnland hat nun eine Möglichkeit gefunden; aber letztlich ist dieses Problem noch ungelöst. Es zu lösen, dauert lange, ist kostspielig und belastet nachfolgende Generationen.

Im Übrigen betrachte ich Atomkraft und Atomenergie auch als eine Risikotechnologie. Belege dafür gibt es genug: Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima. Auf die einzelnen Problemlagen will ich an dieser Stelle gar nicht eingehen.

Eine Klage der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der EU-Kommission wäre also durchweg gerechtfertigt.

Beim Erdgas sieht unsere Meinung, die wir zu dem Grünen-Antrag haben, durchaus differenzierter aus. Damit komme ich zu der Verantwortung die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag trägt. Nachdem ich Ihren Antrag gelesen habe, muss ich von einer gewissen Realitäts-verweigerung sprechen. In der Anhörung, die wir vor eineinhalb Wochen zur Erdöl- und Erdgasförderung in Niedersachsen durchgeführt haben, wurde deutlich gesagt - ich wiederhole das mantraartig -: Wir werden Erdgas als Übergangstechnologie weiterhin brauchen. - Wir werden es brauchen! Das sage ich ganz deutlich in Ihre Richtung.

Ich kann das Ansinnen durchweg verstehen, aber die Realität ist eine andere. Akzeptieren Sie das doch bitte!

In der Anhörung wurde gesagt, in Niedersachsen sind in 70 % der Neubauten Gasheizungen eingebaut worden. In 70 % aller Neubauten! Das muss man doch zur Kenntnis nehmen. Da kann man doch nicht sagen, wir brauchten jetzt kein Erdgas mehr. Man muss doch realistisch sein. Wir sind ein Industrieland. Es geht um Versorgungssicherheit, die gewährleistet sein muss, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Industrie. Energie muss aber auch bezahlbar sein. Das ist ebenfalls ganz wichtig.

Meine Wahrnehmung ist, dass Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene da offenbar um einiges weiter ist. Darum können Sie sich im Grunde genommen auch *unserem* Antrag anschließen. Das sage ich an der Stelle mal ganz deutlich.

Es steht ja drin: „unter gewissen Voraussetzungen“. Da fragt man sich natürlich: Was sind denn „gewisse Voraussetzungen“? Gewisse Voraussetzungen sind beispielsweise - wenn Gas akzeptiert wird -, dass die Gaskraftwerke so ausgerüstet sein müssen, dass sie auch für Wasserstoff - als Brückentechnologie - einsetzbar sind. Die Voraussetzungen der EU-Kommission für den Bau von Gas-kraftwerken sind enorm hoch: Es müssen 30 % CO₂-freie Brennstoffe eingesetzt werden. Das heißt, grüner Wasserstoff kommt an der Stelle auch mit zur Geltung. Ab 2035 sollen Gaskraftwerke letzten Endes nur mit grünem Wasserstoff betrieben werden. Das heißt „unter gewissen Voraussetzungen“, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will noch einmal auf den Punkt „heimisches Erdgas“ zurückkommen. Die niedersächsische Erdgasindustrie hat uns in einer Anhörung deutlich gemacht, dass mengenmäßig 70 % des Erdgases, das in Niedersachsen verbrannt und verbraucht wird, aus der Erdgasproduktion in Niedersachsen stammt. In Niedersachsen haben wir heimisches Erdgas. Die Wertstoffkette wird eingehalten, und Fracking ist letzten Endes auch kein Thema mehr. Das wissen auch Sie.

Der Antrag ist aus einer sehr starken Oppositionsrolle heraus gestellt. Ich möchte schon bald sagen: aus der Frontalopposition. Gerade der Antrag vom Juni, als Sie noch nicht wussten, dass Sie im Bund in Regierungsverantwortung kommen, ist nach dem Motto gestellt worden: Wünsch dir was! - Ich muss ganz deutlich sagen, dass verantwortungsvolle Politik so nicht funktioniert.

Vielen Dank.

Ich will noch mal einwenden: Verantwortungsvolle Politik funktioniert so nicht. Ich glaube, das haben Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin durchaus begriffen. Darum ist die Stellungnahme, die der Bund abgegeben hat und auf die wir

gewartet haben, letzten Endes genau richtig. Darum könnten Sie mit reinem Gewissen auch *unserem* Antrag zustimmen.

Herzlichen Dank.